

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

351

Wien, am 7. Dezember 1935.

## Der städtische Voranschlag 1936.

In Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1936 gelangte in der Freitag-Sitzung des Haushaltsausschusses der Wiener Bürgerschaft zunächst das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" zur Verhandlung.

Der Berichterstatter Obersenatsrat Dr. Maly berichtete, dass für das Wohlfahrtswesen mehr als 108 Millionen S veranschlagt sind, 33 Prozent des Etats der laufenden Gebarung. Von den vielfachen Aufgaben des Wohlfahrtsamtes kommt der von Bürgermeister Schmitz neu eingeführten Familienfürsorge besondere Bedeutung zu. In der Zeit vom 1. Februar bis 31. Oktober d. J. wurden rund 1.500 Familien mit 7.394 Kindern befürsorgt. Pflegebeiträge wurden am 1. Oktober an rund 23.700 Familien mit 41.500 Kindern ausbezahlt. Die städtische Berufsvormundschaft betreut gegenwärtig 23.000 Mündel.

Die offene Fürsorge für Erwachsene gewährte Ende Oktober d. J. an 52.111 Personen Erhaltungsbeiträge. Insgesamt stehen 400.000 Menschen in der Fürsorge. Die Anzahl der Fürsorgebücher, in die alle gewährten Unterstützungen, auch die der privaten Fürsorge, eingetragen werden, beträgt derzeit 170.000 mit rund 425.000 Einzelpersonen, von denen 345.000 ein monatliches Einkommen von höchstens 40 Schilling besitzen.

Die Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien werden nach dem Voranschlag 21.060 Betten haben, von denen auf die Versorgungshäuser 8.793 entfallen. Das Obdachlosenheim erfährt durch die Errichtung eines zweiten Heimes einen Ausbau, der den bisher ungünstigen Verhältnissen der Asylabteilung abhelfen, die Trennung nach Geschlechtern und Alter verbessern und in 18 Einzelräumen obdachlosen Müttern mit ihren Kindern Aufenthalt gewähren soll.

In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind mehr als 10.000 Personen tätig, darunter 4000 freiwillige Fürsorgeräte.

Frau Rat der Stadt Wien Dr. Motzko sagt, die auf Schutz und Wiederaufbau der Grossstadtfamilien gerichtete Wohlfahrtspolitik verdiene vollste Anerkennung. Frau Dr. Motzko erinnert an den früheren Plan eines städtischen Wohlfahrtsgesetzes, um Ordnung und Kontrolle im gesamten Wohlfahrtswesen Wiens zu sichern.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein verweist darauf, dass noch immer die Bettlerplage beklagt wird, hoffentlich gelirgt es bald, für die Grossstadt geeignete Methoden der Bekämpfung zu finden. Er fragt nach der Ueberprüfung der Fürsorgebücher und bespricht das segensreiche Wirken der Reichtumsstelle der Stadt Wien.

Rat Dr. Hengl wünscht unter anderem die Belieferung der Wohlfahrtsanstalten durch die Erwerbgenossenschaft der Wiener Gärtner.

Rat Gräf bespricht die Idee einer "Vorbildungsschule", um die Schulentwachsenen für die Lehre vorzubereiten. Ferner regt er die Erweiterung des Döblinger Friedhofes an.

Rat Ing. Petravic führt aus, die notgedrungene Steigerung des Wohlfahrtsbudgets der Stadt Wien lasse eine verbesserte Kontrolle auch des privaten Fürsorgewesens dringend geboten erscheinen, um die erforderliche Planmässigkeit zu sichern. Die städtischen Bezirksfürsorgeämter seien in den äusseren Bezirken vielfach überlastet. Die Auswahl dieses Personals bedürfe besonderer Sorgfalt.

Rat Waldsam bittet um Vereinfachung des Arbeitsnachweiswesens der Stadt Wien und bespricht das Arbeitsamt der Stadt Wien und die Frage eines peritatischen Beirates dafür. Am besten wäre es, wenn alle

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Arbeitsnachweise, insbesondere die der Bauarbeiter, in ein direktes Verhältnis zur Stadt Wien kämen, ein Gedanke, der leider bisher auf Widerstand stiess.

Rat Diestler wünscht, dass der Kleinhandel in Kerzen usw. vor den Toren der Friedhöfe ausschliesslich den Handelstreibenden überlassen werde.

Rat Holas und Rat Ing. Petravic wünschen, dass den fürsorgebedürftig gewordenen Gewerbetreibenden besonders wohlwollend entgegengekommen werde.

Bürgermeister Richard Schmitz erklärt, dass auch er die Schaffung einer klaren Rechtsbasis für die öffentliche und private Fürsorge für sehr wünschenswert halte; die Vielgestaltigkeit und Beweglichkeit der Fürsorgebedürftigkeit erschweren freilich die Gesetzgebung und erheischen ein weitgehendes freies Ermessen, ohne das die Fürsorge selbst zu Schaden kommen könnte.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird das Hauptstück "Wohlfahrtsamt" angenommen.

Eine besonders lebhafte Debatte galt dem vierten Hauptstück des Voranschlags "Wohnungsamt", dessen Beratung Senatsrat Gschladt einleitete.

Der Berichterstatter führt aus, dass gemäss dem Auftrage des Herrn Bürgermeisters noch heuer das St. Brigitta-Familienasyl in der Adalbert Stiftergasse besiedelt wird. Eine gewisse Wohnungsnot herrscht noch immer an, wenn man Zahl und Art der Wohnungsgesuche betrachtet. Die Vorliebe der Bevölkerung für die städtischen Wohnungen verringert die sonst übliche Häufigkeit der Leerstehungen, so dass gegenwärtig einem Vorrat von kaum 200 freien Wohnungen in städtischen Häusern ein Stand von noch immer rund 40.000 Wohnungsansuchen gegenübersteht, von denen 7000 Fälle als besonders berücksichtigungswürdig, davon 2000 als dringend wegen Wohnungslosigkeit, Unbrauchbarkeit der Wohnung wegen Baufälligkeit, Sanitätswidrigkeit oder wegen übermässigen Ueberbelages vorgemerkt sind. Alle anderen Gesuche kommen überhaupt nicht in Betracht, da es an freien Wohnungen dafür mangelt. Der Wohnhäuserverwaltung unterstehen 571 dem Mieterschutz unterliegende Althäuser, 350 vom Mieterschutz nicht betroffene Neubauten, 21 Siedlungen mit 2270 Häusern sowie 4 Barackenlager mit 74 und 3 Notstandsbauten mit 15 Objekten. Das Wohnungsamt verwaltet derzeit rund 70.000 Wohnungen und 4000 Geschäftslokale.

Rat Rechberger bespricht Einzelfälle der Wohnungszuweisung, die zur Kritik Anlass gaben.

Rat Ing. Hermann wünscht genaue Angaben über die Kosten für den Kubikmeter umbauten Raumes bei den Stadtrand-siedlungen.

Rat Ing. Gross betont die Notwendigkeit, dass neuer Wohnraum geschaffen werde.

Rat Dr. Hengl tritt dem Wunsche des Rechnungshofes nach Ueberprüfung der Pachtzinse entgegen. Der Siedlungsgedanke werde nicht selten durch kleine und grosse Spekulanten missbraucht, denen zumeist kleine Leute mit ihren Spargroschen zum Opfer fallen.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein erinnert daran, dass der Tatsache der 40.000 Wohnungsgesuche, die als Hinweis auf eine noch immer bestehende Wohnungsnot zu deuten, naheliegt, die Ansicht eines hervorragenden Mannes des öffentlichen Lebens entgegenstehe, wonach in Zukunft ein Wohnungsüberfluss in Wien zu erwarten wäre. Doch sei auch die Zahl der 7000 sozial dringendsten Fälle gross genug. Sicherlich bestehe hier eine Aufgabe der Stadtverwaltung. Der Wohnbau wäre an sich gewiss eine echte Investition, freilich stösst diese Auffassung auf die noch nicht überbrückbare Schwierigkeit des verlorenen Bauaufwandes. In diesem Zusammenhang müsse auch zur Frage einer massvollen

# KATHÄUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

III. Blatt

Reform des Mietrechtes Stellung genommen werden. Natürlich komme nicht die einfache Aufhebung in Frage.

Rat Hanzal stellt eine Anfrage betreffend das Baumgartner Barackenlager.

Rat Ing. Petravic sagt, einer Mietrechtsreform sei grundsätzlich zuzustimmen, ihr stehe aber die Schwächung der Zahlungskraft der Bevölkerung entgegen. Redner empfiehlt die Adaptierung leerstehender Fabrikgebäude zu Wohnzwecken.

Rat Dr. Schwarz verweist auf den hohen Anteil der Betriebskosten usw. am Ertrag der bisherigen Wohnhausbauten der Stadt Wien, ein Umstand, der vor dem Wohnungsbau im Grossen warne.

Bürgermeister Schmitz führte unter anderem aus: In der Frage des Mietrechtes müsse die Beurteilung der hierfür zuständigen Bundesregierung überlassen bleiben. Der Bürgermeister teilt nicht die kürzlich in der Öffentlichkeit geäusserte optimistische Erwartung, dass in wenigen Jahren ein Wohnungsüberfluss eintreten werde. Trotz der Not der Zeit habe sich in der gesamten Bevölkerung der Drang nach Verbesserung der Wohnweise durchgesetzt. Dies und die nicht erwünschte Wirkung des Mieterschutzes, die Mieter an ihre Wohnungen auch dann zu fesseln, wenn ihr Arbeitsort davon weit entfernt sei, aber auch das Verhalten eines Teiles der Hausbesitzer, die keine Kinder im Hause dulden wollen und gesetzwidrige "Ablösen" fordern, alle diese Umstände verdunkeln das Bild, so dass es sehr schwer ist, einigermaßen genau zu sagen, ob und in welchem Umfange eine Wohnungsnot noch besteht. Das eben erwähnte Verhalten der Hausbesitzer hat schon eine grosse Misstimmung erzeugt, die eine ruhige und sachliche Beurteilung aller mit dem Mietrecht zusammenhängenden Fragen durch die Bevölkerung sehr erschwert. Immerhin zwingt die Unmöglichkeit einer klaren Kenntnis des Wohnungsmarktes zur Vorsicht. Die Stadtverwaltung beschränke sich daher auf den Bau von sozial und fürsorgerisch nötigem Wohnraum, dann des Siedlungswesens im allgemeinen und der Schaffung von Wohnraum im Wege des Assanierungsfonds. Gewiss könne man gegen die Mietaufwandsteuer manche ernste Kritik geltend machen, ihr Ersatz durch eine Hauszinssteuer setze jedoch voraus, dass die Häuser einen entsprechend hohen Ertrag abwerfen, was offenbar nicht so bald der Fall sein wird, da nicht nur der Mieterschutz, sondern auch die in den letzten 20 Jahren eingetretenen grossen Veränderungen in Kaufkraft und Volksvermögen mit in Betracht gezogen werden müssen. Eine richtige Steuerpolitik wird zwar auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen, sie kann aber nicht selber für sich grosse Veränderungen der Wirtschaft herbeiführen. Dafür sind ganz andere Faktoren entscheidend.

Vizebürgermeister Lahr führt aus, dass die finanziellen Grenzen leider zur Einschränkung vieler, an sich schöner Wünsche zwingen. Ohne Zweifel treibt viele Wohnungswerber echte Not ins Wohnungsamt der Stadt Wien. Daneben freilich gibt es viele, die obwohl immerhin zahlungsfähig, aus anderen Gründen hinkommen. Nicht selten ist es die Angst vor der Ablösung, die von so manchem privaten Hausbesitzer verlangt wird. Daher empfehle sich eine eindringliche Aufklärung der Bevölkerung durch die Vaterländische Front. Die meisten Beschwerden über angeblich politisch zu kritisierende Wohnungszuweisungen stammen von Wohnungswerbern, die aus sehr ernstesten Gründen nicht die Erfüllung ihrer Wünsche bekommen konnten, weil eben noch dringendere und sozial berücksichtigungswürdigere Fälle da waren. Auch hierüber ist Aufklärung sehr geboten. Da der Vizebürgermeister in der Lage war, das Wohnungsamt in der Nähe zu betrachten, müsse er bestätigen, dass dieses Amt in seiner so schwierigen Lage bemüht sei, in jedem Falle eine möglichst gerechte Lösung zu suchen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

Nachdem noch Senatsrat Gschladt eine Reihe von Fragen beantwortet hatte, nahm der Hauhaltsausschuss das Hauptstück "Wohnungsamt" einstimmig an.

-----

## Die Ermässigung des Wiener Kraftstrompreises.

Bekanntlich hat im Juni 1934 Bürgermeister Richard Schmitz mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise einen Antrag der Direktion der städt. Elektrizitätswerke mit Wirksamkeit bis 31. Dezember 1935 genehmigt, der eine Verbilligung des Kraftstrompreises für solche Betriebe brachte, die ihre Anlagen nicht genügend ausnützen können. Nunmehr hat Bürgermeister Schmitz angeordnet, dass diese "Sonderbestimmungen für den Kraftstrombezug industrieller und gewerblicher Anlagen" bis auf weiteres in Geltung zu bleiben haben.

-----

## Gottesdienststätten in städtischen Wohlfahrtsanstalten.

Im Waisenhaus Hohe Warte und im Leopoldstädter -Kinderspital bestanden früher Kapellen, die im Jahre 1924 aufgelassen wurden. Nunmehr wurden dort wieder Gottesdienststätten eingerichtet, ebenso in den Versorgungshäusern Baumgarten und Meldemannstrasse und im Brigittenspital. Diese Gottesdienststätten werden in nächster Zeit eingeweiht, so dass zu Weihnachten bereits Gottesdienst gehalten werden wird.

-----

## Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe.

In der Zeit von Montag, den 9. Dezember, bis einschliesslich Donnerstag, den 19. Dezember, findet in den Fürsorgeämtern die erstmalige Ausgabe von Lebensmittelanweisungen der Wiener Winterhilfe statt. Bewerben können sich die Fürsorgebuchinhaber der Bewerbergruppen A, B und C. Jene Personen, die im Rahmen der Winterhilfe bereits Speiseanweisungen erhalten haben, kommen bei dieser Lebensmittelausgabe nicht in Betracht.

Die Ausgabe der Anweisungen findet nach den Anfangsbuchstaben des Familiennamens an den nachfolgenden Tagen im Fürsorgeamt des Wohnbezirkes während der hierfür vorgesehenen Parteienstunden statt: A, C und D am 9. Dezember, E und F am 10. Dezember, B am 11. Dezember, G und H am 12. Dezember, I, J und K am 13. Dezember, L und M am 14. Dezember, N, O, P, Q und R am 16. Dezember, S und Sch am 17. Dezember, St, T, U und V am 18. Dezember und W, X, Y und Z am 19. Dezember. Mitzubringen sind das Fürsorgebuch, ein Personaldokument und der polizeiliche Meldenachweis.

Die Anweisungen können in den Abgabestellen der Wiener Winterhilfe, die durch Tafeln gekennzeichnet sind, eingelöst werden.

-----

## Fortsetzung der Schneesäuberungsarbeiten.

Der städtische Strassenpflegebetrieb verwendete heute für die Schneesäuberungsarbeiten das gesamte eigene Personal in der Stärke von rund 1000 Mann, rund 100 Pferdeschneepflüge und Kehrmaschinen, 2 Autoschneepflüge sowie 11 Autokehrzüge.

-----